



GRÜNE

bewegt

www.gruenebern.ch

ökologisch konsequent. sozial engagiert. global solidarisch



Mobilisierung erfolgreich angelaufen

Erneuerbare Energie statt AKW

Die Grünen mischen kräftig mit in der wieder aufgeflamnten AKW-Diskussion. Die Reaktionen aus der Bevölkerung zeigen: Die wiedererwachende Anti-AKW-Bewegung hat grosses Entwicklungspotential. Sie könnte der Erfolgswelle grüner Politik zu weiterem Schub verhelfen.

Seit einiger Zeit bereitet die Atom-Lobby das Terrain für eine neue AKW-Diskussion vor. Mit dem Einreichen eines Rahmenbewilligungsgesuchs für den Bau eines neuen AKW im Kanton Solothurn hat Atel im Juni den Startschuss lanciert. Die BKW schiebt im Kanton Bern nur wenige Tage später ein Gesuch zur unbefristeten Betriebsbewilligung für das AKW Mühleberg nach. Axpo und BKW haben angekündigt, noch vor Jahresende Gesuche zum Ersatz für Mühleberg und Beznau einzureichen.

Störfall in Frankreich zeigt Gefahr

Für die Grünen ist klar: Atomenergie ist eine Technologie der Vergangenheit, die wegen vieler ungelöster Probleme, insbesondere der Entsorgung, nicht zukunftsfähig ist. Die jüngsten Vorkommnisse im französischen AKW Tricastin und die bekannt verharmlosende Art, wie über den Störfall berichtet wurde, bestätigen diese Haltung.

Erste Mobilisierung geglückt

In der nur 30-tägigen Einsprachefrist gegen die unbefristete Betriebsbewilligung für das AKW Mühleberg haben die Grünen Kanton Bern ihre Mitglieder mit allen Kräften mobilisiert. Dank dem Einsatz diverser Organisationen sind beim Bundesamt für Energie 1900 Einsprachen eingegangen. Dies ist ein schöner Erfolg und der Start für die Wiederbelebung einer aktiven Anti-AKW-Bewegung. Die zahlreichen Reaktionen, die bei den Grünen Kanton Bern einge-

gangen sind, zeigen, dass die Frage einer zukunftsgerichteten Energiepolitik die Bevölkerung über die Parteigrenze hinaus bewegt.

Jetzt Druck machen

Wie einst Erdöl werden Umweltschutz und Alternativenenergie einen neuen Wirtschaftszweig hervorbringen. Heute gilt es, in eine sichere, umweltschonende und zukunftsgerichtete Energiewirtschaft zu investieren. Die Zukunft bedeutet Steigerung der Energieeffizienz. Das Potenzial ist riesig und im Kanton Bern ist eine Vollversorgung mit erneuerbarer Energie möglich, wenn der politische Wille dazu da ist. Die Grünen arbeiten auf allen Ebenen an der energiepolitischen Wende. Bei der Kantonalpartei ist eine Volksinitiative in Vorbereitung, welche die vollständige Versorgung des Kantons mit erneuerbarer Energie in der Verfassung festschreibt. Die Grünen Biel fordern per Initiative, den Ausstoss von Treibhausgasen zu senken, der durch Verwaltung, städtische Liegenschaften und städtische Energieversorgung verursacht wird. In der Stadt Bern lanciert das Grüne Bündnis zusammen mit Partnern eine Initiative und fordert den städtischen Stromproduzenten auf, in Zukunft ganz auf Atomstrom zu verzichten. Die GFL Burgdorf fordert per Motion, dass städtische Gebäude ab sofort nur noch im Minergie-P-Standard gebaut werden.

Christoph Grimm, Grossrat, AG Energie
Sabine Zaugg, Co-Geschäftsleiterin

Pan!



Pas de coup de feu mais encore une fois un grand projet à Bienne. Que ce soit le bâtiment miroitant de Manor, les chantiers routiers, l'extension de Rolex, le grand projet du stade de sport ou même à la Gurzelen, où un nouveau quartier voit le jour: partout on construit.

La question no 1 est: la ville construit-elle trop? Devrions-nous avancer plus lentement? On doit saisir les opportunités et Bienne en a eu de nombreuses, qui ont profité à la ville. Si elles n'avaient pas été prises, les Biennois pourraient mécontents. Constatant cette rapide évolution, les verts critiquent le manque de perspectives. On ne sait pas comment la ville, prise dans son ensemble, veut se développer: tout est ouvert. En conséquence, elle ne peut mettre en place un plan et piloter le domaine de la construction. Il n'y a aucune réflexion ni à propos des espaces verts, ni concernant la construction de bâtiments d'habitation. On construit là où l'occasion se présente ou en cas de besoin urgent de rénovation. Un développement durable n'est pas pris en compte. C'est ce qui justement doit devenir un thème central.

Barbara Schwickert, Bienne

Inhalt



Seite 2
Mich interessieren die anderen Blickwinkel



Seite 3
Harmos - harmlos aber nötig



Seite 5
Kampf dem Verkehrsaufkommen



Seite 7
Endspurt geglückt

Welchen Kanton Bern wollen wir?



Im Kanton Bern steht die Revision des Gesetzes über den Finanz- und Lastenausgleich (FILAG) bevor. Dabei geht es um das Verhältnis der Gemeinden zueinander

und zum Kanton.

Wenn der Kanton Bern den Anschluss an die Metropolitanräume Zürich, Basel und Bassin lémanique nicht ganz verlieren will, kann er sich den Anachronismus von 395 teilweise kaum mehr lebensfähigen Gemeinden nicht mehr leisten. Zudem muss der Kanton dazu übergehen, seine Entwicklungsmotoren nicht zu behindern, sondern zu ölen. Die volle Abgeltung der Zentrumslasten der Städte ist daher ein Gebot der Stunde.

Bei der FILAG-Revision geht es auch um Solidaritäten. Der Finanzausgleich leistet einen unverzichtbaren Beitrag, damit bei der sozialen Existenzsicherung und der Integration ein qualitativ gutes und ausreichendes Angebot finanziert werden kann. Hier dürfen keine Abstriche gemacht werden.

Blaise Kropf, Präsident

Kein Kohlekraftwerk

Eine Gruppe von deutschen BürgerInnen hat am 19. August mit Unterstützung der Grünen und Greenpeace eine Protestaktion gegen das von der BKW geplante Kohlekraftwerk in Dörpen veranstaltet. Jürgen Adam, der mit dem Velo von Nordeutschland nach Bern geradelt ist, hat dem Mediensprecher vor dem Gebäude der BKW einen Kessel mit Kohle überreicht. Die BKW brüstet sich gerne mit ihrem Engagement für eine nachhaltige Energieproduktion. Ausser den Vorzeigeprojekten Windpark Juvent SA und dem Solarkraftwerk Stade de Suisse, die lediglich 0.17% der Gesamtproduktion der BKW ausmachen, hat das Unternehmen kaum etwas vorzuweisen. Darum soll die BKW statt in veraltete Kohlekraftwerke in nachhaltige Energieträger investieren. Die geplanten 250 Millionen für erneuerbare Energien stehen in einem grossen Missverhältnis zu den 1.6 Milliarden, welche die BKW für das Steinkohlekraftwerk aufwerfen will. Die Nachhaltigkeit, wie sie von der BKW gerne in Werbemitteln betont wird, soll auch tatsächlich gelebt werden; ohne Halt vor der Landesgrenze.

Grossratspräsidium in grüner Hand

Mich interessieren die anderen Blickwinkel

Anfangs Juni ist die Seeländerin Dorothea Loosli-Amstutz glanzvoll mit 138 von 148 Stimmen zur Präsidentin des Grossen Rates gewählt worden. Sie ist nach Marianne Keller Beutler die zweite Grüne, welche dieses Amt inne hat.

Was ist für Dich der Reiz, das Amt als Grossratspräsidentin auszuführen?

Mich interessieren die Menschen und ihre Geschichten. Ich blicke auf einen typischen Frauenkarriereweg zurück, der viele Stationen aufweist und alles andere als geradlinig ist. Die ausschlaggebende Erkenntnis dabei: Je mehr ich lernte, umso mehr wurde mir bewusst, was ich nicht weiss. Dadurch geht einem aber auch jeglicher Absolutheitsanspruch verloren. Zum besseren Verständnis der Sache interessieren mich die anderen Blickwinkel besonders, sie regen zum Denken an. Welche Einsichten und Erfahrungen stecken dahinter? Sind sie kohärent und logisch vor dem entsprechenden Hintergrund? Das tönt wohl etwas philosophisch, reizt mich aber besonders an der Aufgabe.

Was sind die wichtigsten Aufgaben einer Grossratspräsidentin, welche Einflussmöglichkeiten hast Du?

Wichtigste Aufgabe ist sicher das Leiten der Parlamentssitzungen. Nach Aussen scheint das eine sehr formelle Angelegenheit zu sein. Spannender ist aber die Vorbereitung der Geschäfte, mit etwas Geschick steht einem doch ein gewisser Spielraum für eine positive Beeinflussung offen.

Ein anderer Schwerpunkt kommt der Repräsentation des Parlaments nach Aussen zu. Selbstverständlich vertrete ich hier die demokratisch gefällten Entscheide! Ich erlaube mir aber manchmal,

mit einem Augenzwinkern darauf hinzuweisen, dass im Parlament selten Einmütigkeit herrscht und so können aufgrund meiner Parteizugehörigkeit gewisse Rückschlüsse gezogen werden... dies trägt jeweils zur allgemeinen Erheiterung bei und führt anschliessend zu spannenden Gesprächen.

Welche Ziele setzt Du Dir für Dein Jahr als Präsidentin, welches werden die wichtigsten Debatten sein, die Du leiten kannst?

Dass die gängigen Bilder der gurkensaurigen grünen Moralapostel ersetzt werden durch solche von lebensfreudigen, weltoffenen und positiv gestimmten Grünen (schmunzelt).

Von besonderem Gewicht erachte ich die Debatten rund um Energiefragen, so z.B. die Diskussion, wie der Kanton Bern zum Gesuch um eine fristlose Betriebsbewilligung des AKW Mühleberg Stellung nehmen soll.

Du blickst bereits auf eine erste Session als höchste Bernerin zurück. Welchen Eindruck hast Du aus der neuen Warte erhalten?

Dazu eine lustige Anekdote: Eine Journalistin erklärte mir, es sei nun alles sehr wichtig was ich sage. Darauf entgegnete ich ihr, ich hätte früher nicht weniger wichtige Sachen gesagt, nur hätten sie nicht dasselbe Gewicht erhalten – das ist die neue Warte.

Interview: Sabine Zaugg, Co-Geschäftsleiterin



DV der Grünen zu Bildungspolitik

Harmos – harmlos aber nötig

Die Delegiertenversammlung der Grünen Kanton Bern vom 19. August 2008 befasste sich schwerge-
wichtig mit Bildungspolitik. In der September-
session entscheidet der Grosse Rat über den Bei-
tritt des Kantons zum Schulkonkordat Harmos. Es
sind nur geringe Auswirkungen auf die Berner
Schulen zu erwarten.

Die Diskussion wurde mit Referaten von Re-
gierungsrat Bernhard Pulver und Prof. Dr. Lucien
Criblez eingeleitet. Anlass war der bevorstehende
Beitritt des Kantons Bern zu Harmos. In
einigen Kantonen wird Harmos von der SVP
mit Referenden bekämpft. Die Kantone setzen mit
dem Konkordat den Auftrag der im Jahr 2006 mit
über 85% Ja Stimmen gutgeheissenen Bildun-
gsvorlage um. Diese hatte zum Ziel, die kantonalen
Schulen betreffend Schulpflicht, Dauer und Zielen
der Bildungsstufen und von deren Übergängen zu
koordinieren. Harmos umfasst nun folgende Be-
reiche: Einheitlicher Kanon der Schulfächer, Vor-
verlegung des Fremdsprachenunterrichts, Ein-
schulung der Kinder im vierten Altersjahr in den
Kindergarten oder in die Grundstufe, dann insge-
samt elf Jahre Kindergarten und Schule sowie die
Einführung von Schulstufen mit einheitlichen
Bildungsstandards und Lehrplänen. Ausserdem
soll die Qualität der Schule mit einem Bildungs-
monitoring sichergestellt werden.

Beziehungen und Ressourcen entscheidend

Bernhard Pulver betonte vor einem aufmerk-
samen und interessierten Publikum, dass Harmos
keine grossen Auswirkungen auf die Berner
Schulen haben werde. Zwar werde die Einschulung
grundsätzlich im vierten Altersjahr erfolgen.
In begründeten Einzelfällen werde weiterhin eine
spätere Einschulung möglich sein. Ob eine Grund-
stufe eingeführt oder der Kindergarten beibehal-



ten werden soll, entscheiden die Kantone auto-
nom. Die Vorverlegung des Fremdsprachenunter-
richts komme auch ohne Harmos. Die Koordina-
tion der Schulstrukturen mit Harmos sei sinnvoll
und nötig aber für eine gute Schule letztendlich
nicht entscheidend. Im Zentrum stehe weiter-
hin eine menschliche Schule mit individueller
Förderung. Tragende Beziehungen zwischen Lehr-
kräften, SchülerInnen und Eltern, ausreichend
Ressourcen für den Unterricht und LehrerInnen-
(weiter)bildung seien die entscheidenden Grund-
lagen für Lehr- und Lernmotivation und damit letz-
tendlich für den Bildungserfolg der Schulen.

Initiative und Resolution gegen AKW

Im zweiten Teil der DV wurde über den Stand
des Initiativprojektes «BERNeuerbar» berichtet
und eine Resolution gegen AKW verabschiedet.
«BERNeuerbar» geht zur Zeit bei Bündnis-
partnerInnen in Vernehmlassung, die evtl. mit
uns ein Initiativkomitee bilden werden. Am
8. Januar 2009 soll die Initiative lanciert und
dann bis zur Sommerpause gesammelt werden.
Klimaschutz und Energiepolitik werden die
Grünen auch im nächsten Jahr beschäftigen.

*Monika Hächler, Sabine Zaugg
Geschäftsleiterinnen*

Elections biennoises: Les verts veulent peser davantage pour un développement harmonieux de notre cité

Les Verts ont affiché leur ambition pour les élections de cet automne : conquérir un siège au Municipal permanent pour remplacer avantageusement Jürg Scherrer, lequel ne se représente plus, maintenir leur présence au municipal non-permanent et renforcer leur représentation au Conseil de ville.

Pour ce faire, les Verts ont axé leur campagne sur le thème du développement durable en lançant une initiative communale en faveur de la protection du climat, afin que la Ville de Bienne mène une politique active dans un domaine dans lequel elle

accuse un retard certain. Ainsi, bien que plus important propriétaire foncier de tout le territoire communal, la ville de Bienne n'est guère un modèle pour l'efficacité énergétique de ses bâtiments publics et privés, la gestion des immeubles ayant été, comme dans d'autres domaines, prérétérée par une vision de rentabilité financière à court terme. Si elle est élue, Barbara Schwickert, comme nouvelle Municipale en charge de la Direction dont dépendent les services industriels de la ville, pourra également impulser un tournant à ceux-ci et les axer sur le développement des

énergies renouvelables et de l'efficacité énergétique.

Titillés par la présence d'une liste des Verts libéraux au Conseil de ville, les Verts de Bienne afficheront d'autant mieux leur attachement à la poursuite d'une politique sociale que le Parti socialiste donne des signes peu clairs sur cette question. Sous l'impulsion de son directeur des finances, le Conseil municipal entend en effet baisser les impôts pour l'année prochaine, reprenant ainsi les slogans électoraux de l'UDC (comme il le fait d'ailleurs sur les questions de sécurité avec le nouveau concept

municipal stigmatisant les étrangers, les marginaux et les jeunes ou encore en acceptant d'engager des inspecteurs sociaux) ! Au vu de ces dérives du PS, les Verts auront à cœur de réaffirmer certaines valeurs fondamentales de la gauche, en proposant notamment d'investir l'argent public dans des programmes sociaux, par exemple en développant les écoles de jour, plutôt que dans des cadeaux fiscaux dont ne profitent que les plus aisés de notre société !

François Contini, Conseiller municipal à titre accessoire

junge grüne bern auf Weiterbildungstour

Mont Terri – pas terrible?

Die jungen grünen bilden sich weiter und besuchten das Felslabor in Mont Terri, das Möglichkeiten für die Endlagerung von radioaktiven Abfällen erforscht.

Eine Gruppe der jungen grünen bern hat im Juni das Felslabor Mont Terri bei St. Ursanne im Jura besucht. Seit 1996 werden unter dem Mont Terri die Eigenschaften des Opalinus Tons untersucht. Das Interesse an diesem Material kommt nicht von ungefähr, glaubt doch die Nagra, die nationale Genossenschaft zur Lagerung radioaktiver Abfälle, im Opalinus Ton das ideale Gestein gefunden zu haben für den Bau eines geologischen Tiefenlagers zur Endlagerung radioaktiver Abfälle. Geleitet wird das Projekt Mont Terri aber von Swisstopo, der schweizerischen Landestopografie. Dies deshalb, weil der Kanton Jura der Nagra nicht über den Weg traute und darauf bestand, dass eine unverdächtige Organisation die Leitung über das Projekt übernimmt. So ist im

Vertrag mit dem Kanton Jura auch festgeschrieben, dass im Mont Terri kein Endlager gebaut werden darf. Dies möchte die Nagra im zürcherischen Weinland tun. Der Bundesrat hat die Nagra aber erst vor einigen Wochen dazu verknurrt, dass sie mehrere Vorschläge für den Standort eines Endlagers machen muss.

Wissenschaftliche Forschung

Bei der Führung durch das Felslabor im Mont Terri konnten wir sehen, wie in einem durchaus kritischen wissenschaftlichen Vorgehen die offenen Fragen rund um die Eignung des Opalinus Tons für die Endlagerung radioaktiver Abfälle untersucht werden. Dabei hat sich unter anderem gezeigt, dass der Ton bei Temperaturen über 90 Grad Celsius seine abdichtende Eigenschaften verliert und wasserdurchlässig wird. Dies hat zur Folge, dass radioaktive Abfälle zuerst über Jahrzehnte abgekühlt werden müssen, bevor sie ins Endlager verschoben werden können.

Ungelöst ist auch die Frage, wie das Gestein auf die bei der Korrosion der Stahlbehälter auftretenden Gase reagiert. Denkbar ist, dass es zu kleinen Explosionen und damit zur Bildung von Störstellen im Gestein kommt. Stahlbehälter wären in diesem Fall nicht für die Endlagerung im Opalinus Ton geeignet und es müsste nach Alternativen gesucht werden.

Langer Zeitrahmen

Auch wenn die weiteren Versuche im Mont Terri diese Befürchtungen zerstreuen sollten, müssen alle diese Versuche bei einem zukünftigen Endlagerstandort wiederholt werden, um sicherzustellen, dass sie auch dort ihre Gültigkeit behalten. Das ganze Prozedere bis zum Bau eines Endlagers dürfte damit wohl noch Jahrzehnte in Anspruch nehmen, vom zu erwartenden politischen Widerstand mal ganz abgesehen.

Daniel Klauser, junge grüne



junge grüne aktiv

■ Aktion Vignettenpflicht für AKW

Ein wichtiges Datum ist der 11. September: Um 17.30 Uhr findet auf dem Bundesplatz die Aktion «Vignettenpflicht für AKW» statt, mit der aufgezeigt werden soll, dass 900 Velos die gleiche Haftpflichtversicherungsdeckung aufweisen wie ein AKW. Erscheint also am 11. September zahlreich und mit ganz vielen Velos auf den Bundesplatz!

■ Anit-AKW Picknick

Beim Anti-AKW Picknick am 1. August in Radelingen waren die jungen grünen bern mit einer grösseren Gruppe mit dabei, die erst noch als einzige von Bern mit dem Velo anreiste.

■ Aktion gegen deutsches Kohlekraftwerk

Auch bei der Übergabe der Kohle an die BKW haben die jungen grünen bern tatkräftig mitgeholfen: einige waren bereits am Sonntagmorgen um 8 Uhr mit Transparentmalen beschäftigt.

■ Stammtisch junge grüne

Jeweils am letzten Dienstag im Monat treffen wir uns zum kri*Tisch, dem Stammtisch der jungen grünen bern. Die inhaltliche Arbeit bei den jungen grünen bern findet vor allem in den drei Arbeitsgruppen statt: AG Ökologie, AG Soziales und AG Wirtschaft. Interessierte an den AGs (und den jungen grünen bern generell)

schreiben am besten ein Mail an: jungegruene.bern@gmail.com.

■ Einreichung Stopp-Offroader-Initiative

Der Höhepunkt der letzten Wochen war aber sicher die Einreichung der Initiative für menschenfreundlichere Fahrzeuge (Stopp-Offroader-Initiative) am 25. August. Die jungen grünen bern waren nicht nur bei der Einreichung zahlreich mit von der Partie, sondern haben auch in den letzten 18 Monaten mit viel Einsatz beim Unterschriftensammeln massgeblich zum Erfolg (150 000 gesammelte Unterschriften!) beigetragen.

Lösungen gesucht für den Verkehr rund um Biel

Kampf dem Verkehrsaufkommen

Vor rund 20 Jahren formierte sich der Widerstand gegen den Autobahnbau beispielsweise mit der Kleeblatt-Initiative, die 1990 abgelehnt wurde. Die A5 konnte gebaut werden, die Verbindung von Solothurn nach Biel wurde auf die Expo02 hin realisiert. Seither stauen sich die Autos – je nach Verkehrsaufkommen und Baustellensituation – am östlichen Stadtrand und auf Biels Durchgangsstrassen. Im Westen Biels leiden Nidau und die Seegemeinden unter der Blechlawine. Die östliche Autobahnumfahrung von Bözingen nach Brügg ist im Bau, doch am Westast scheiden sich die Geister, auch innerhalb der Grünen.

Die A5 sollte Biel südlich umrunden, der Westast zwischen Brügg und dem Seeufer in Vingelz primär unter dem Boden liegen. Nach den Unfällen im Mont Blanc und Gotthard wurden die Tunnelbauvorschriften verschärft. Bund und Kanton schlugen darum 2007 drei Varianten mit offenem Westast vor mit einer Öffnung von 300 bis 1000 Metern mitten durch Wohnquartiere.

junge grüne sind anderer Ansicht

Da formiert sich Widerstand. Neben der offenen Streckenführung steht heute auch der Anschluss Bienne Centre zur Debatte: Die einen hoffen auf eine Verkehrsreduktion, die anderen fürchten einen Knotenpunkt beim Bahnhof und einen monströsen Autobahnanschluss. Schutzverbände und junge grüne stemmen sich gegen den Anschluss, da er eine umfassende Tunnellösung verhindere.

Die neuen Tunnelvorschriften bewirken, dass in Nidau die Steigung des Zubringertunnels geringer und entsprechend länger ist. Dies hätte auf beiden Tunnelseiten gravierende Folgen.

Der Nidauer Gemeinderat lancierte deshalb die Idee des Porttunnels, der den Verkehr unterhalb der Aare zum Anschluss Brüggmoos lenken würde. Für die Grünen Nidau schneidet der Porttunnel kaum besser ab, denn das Verkehrsaufkommen durch das Stedtli könnte weniger reduziert werden. Gerade wenn der Porttunnel realisiert wird, werden sich die Grünen Nidau für verkehrlich flankierende Massnahmen (VfM) einsetzen. Denkbar wäre eine Begegnungszone. Die VfM werden in Nidau aber vor allem dann greifen, wenn auf den Anschluss Bienne Centre verzichtet würde: so wäre es für den Verkehr des südlichen Seeufers deutlich unattraktiver, via Nidau auf die A5 zu gelangen.

Gemeinsame Anliegen betonen

Auch wenn vieles im Zusammenhang mit der A5 noch unklar ist und Bieler, Nidauer Grüne und junge grüne teils andere Prioritäten setzen, dies sind die gemeinsamen Anliegen: 1. Möglichst wenig offene Streckenführung im Siedlungsraum, 2. weniger Durchgangsverkehr in den Quartieren und 3. Verbesserungen für den Langsamverkehr.

Christoph Grupp, Geschäftsleiter Grüne Biel

Florian Hitz, Präsident Grüne Nidau, Stadtrat



LokalSpots

■ Frischer Wind für Grüne Langenthal

Eine Hand voll junger Langenthalerinnen und Langenthaler haben zusammen mit Stadträtin Luzia Bossard im Juni einen neuen Vorstand aufgestellt. Ziel ist, die Grünen in Langenthal wieder aufleben zu lassen und aktiv an der Stadtpolitik teilzunehmen. Neu im Vorstand sind Anna Aeberhard, Präsidentin, Luzia Bossard, Christian Grossmann, Sabine Herzig, Irène Leisibach, Karin Rickli, Serge Wüthrich und Matthias Wüthrich.

In zahlreichen Diskussionen wurden die politischen Schwerpunkte erarbeitet und kürzlich wurde eine neue Homepage aufgeschaltet: www.gruene-langenthal.ch

Nun läuft der Wahlkampf für die Langenthaler Stadtratswahlen am 26. Oktober 2008. Die Grünen Langenthal stellen vier Kandidatinnen und Kandidaten: Luzia Bossard (bisher), Anna Aeberhard, Karin Rickli und Matthias Wüthrich.



Mit dem Helfereinsatz an der Bar und beim Aufräumen am letzten Abend des Sommerkinos in Langenthal (siehe Foto) präsentierten sich die «neuen» Grünen erstmals einem breiten Publikum.

■ Bald Grüne Steffisburg

Auch in Steffisburg wird über die Gründung einer Grünen Ortspartei diskutiert. Wer die Gruppe unterstützen und mithelfen möchte, meldet sich bei Andrea de Meuron: porfido@tcnet.ch

■ Bleiberecht für alle

Abgewiesene Asylsuchende und solche, auf deren Gesuch nicht eingetreten wurde, dürfen in der Schweiz nicht arbeiten und wohnen in Notunterkünften mit minimaler Nothilfe. Menschen mit vorläufiger Aufnahme leben in einem Dauerprovisorium. Sans-Papiers führen ein Schattendasein ohne Rechtsschutz in der ständigen Furcht, ausgeschafft zu werden. Am 13. September findet darum in Bern eine gesamtschweizerische Kundgebung unter dem Motto «Bleiberecht für alle» statt. Besammlung zum Demonstrationsumzug ist um 13.30 Uhr auf der Schützenmatte. Mehr Info unter: www.bleiberechtfueralle.ch

Gemeindewahlen in der Stadt Bern

Rotgrüne Dynamik

Von 1831 bis 1992 (162 Jahre lang) war die Stadt Bern fest in bürgerlicher Hand. 1992 hat ein Bündnis aus SP, GFL, GB, EVP und JA! die Verantwortung für die Stadtentwicklung übernommen. Diese Politik hat sich bewährt – und bricht auf zu neuen Ufern.

Seit 1993 konnte RotGrünMitte viel umsetzen: Von Tagesschulen über die Aufwertung der Quartiere bis hin zur weitgehenden Sanierung der Stadtfinanzen unter der ehemaligen Finanzdirektorin Therese Frösch (Grüne). Die Erfolgsgeschichte wurde in den letzten Jahren fortgesetzt dank Partnerschaften mit Kanton, Investorinnen und Mäzenen. Neben dem Zentrum Paul Klee, dem Stade de Suisse, dem Ausbau von Universität und Fachhochschulen oder dem neuen Bahnhofplatz werden auch das neue Brünnenquartier oder der Tiefbahnhof Bern die Stadt verändern.

Nicht alle Probleme sind gelöst

Trotz grosser Dynamik und Bevölkerungswachstum sind längst nicht alle Probleme gelöst. Der finanzielle Druck bleibt bestehen; Umweltbelastung, soziale Brennpunkte oder der Durchgangsverkehr beschäftigen die StadtbewohnerInnen. Als einzige Stadt in der Schweiz hat Bern heute mehr (oft steuerbefrei-



te) Arbeitsplätze als EinwohnerInnen. Trotzdem verliert sie im nationalen Städtenetz an Gewicht. Wenn die Region Bern nicht zusammenwächst, werden uns Städte wie Luzern, Winterthur oder Lausanne an Bedeutung überholen. Dies ist auch für den Kanton riskant. Denn das Gewicht der Kernstädte ist entscheidend für die Zukunft der Kantone, sei es in Zürich oder in Genf.

Gut aufgehoben bei RotGrünMitte

Ich bin überzeugt, dass Themen wie Ökologie, Sicherheit, nachhaltiges Wirtschaften, kulturel-

le Vielfalt und qualitative Stadtentwicklung bei RotGrünMitte am besten aufgehoben sind. Viele Verbesserungen konnten in den letzten Jahren im Dialog erreicht werden, zum Beispiel das Ja zum Tram Bern West, der Ausbau des Hochwasserschutzes oder die Schaffung neuer Lehrstellen. Gerne möchte ich mich im Gemeinderat weiterhin für unsere grünen Ziele engagieren. Sei es in der Verkehrs- und Wirtschaftspolitik, sei es in der Sozial- und Bildungspolitik. Regula Rytz, Gemeinderätin, GB/Grüne
www.reagularytz.ch

Stabübergabe



Auf das Ende der Sommerferien hat Ueli Stückelberger sein Amt an mich übergeben. Er hat Wert darauf gelegt, dass die Amtsüber-

gabe noch während der laufenden Legislatur stattfindet.

Inhaltlich ist es mir ein grosses Anliegen, den bisherigen anspruchsvollen Kurs der GFL als lösungsorientierte Partei weiterzuführen. Lösungsorientierung bedeutet ja, dass man nicht nach festen Rezepten arbeitet, sondern jedes Mal neu eine Lösung suchen soll. Aktuelles Beispiel: Sind wir als «Kulturpartei» bedingungslos für mehr Geld bei den Kulturkrediten oder für eine Unterstützung der Reithalle? Oder müssen wir nicht als Erste auf die Bremse treten, wenn wir eine nachhaltige und für die Mehrheit der Stadtbewölkerung akzeptable Kulturpolitik in Gefahr sehen?

Als Fraktionschef habe ich die Aufgabe, solche Lösungen und die dazugehörigen Überlegungen gegen Aussen zu vertreten. Ueli hat das hervorragend verstanden. Ich werde versuchen, vom guten Vorbild zu lernen.

Peter Künzler, neuer Fraktionschef GFL/EVP

Nein – für Vielfalt und Gleichbehandlung



GFL vs. ZPK

Was, die GFL in unheiliger Allianz gegen die Kultur? So lauteten die Fragen in Mails ans Sekretariat der GFL in der letzten Augustwoche. Anlass war ein Rückweisungsantrag der GFL/EVP-Fraktion im Stadtrat, der mit Hilfe der Stimmen von GB und SVP angenommen wurde.

2007 half die Stadt mit, das Finanzloch des Zentrums Paul Klee (ZPK) zu stopfen. Die Präsidioldirektion tat dies fälschlicherweise in eigener Kompetenz, die 300'000 Franken hätten dem Stadtrat vorgelegt werden müssen. Dies musste die Regierung nun nachholen.

Die GFL hatte im Rat eine Rückweisung des Nachtragkredits verlangt – verbunden mit der Forderung nach «verbindlichen Aussagen für die nächsten Jahre». «Wir wollten keine stillschweigende Subventionserhöhung», sagte Fraktionschef Peter Künzler, «darum soll der Nachkredit an die Bedingung geknüpft werden, dass ab 2009 keine zusätzlichen Subventionen über die ordentlichen 500'000 Franken mehr gesprochen werden. Reicht das Geld nicht, muss sich das ZPK auf sein Kerngeschäft konzentrieren.» Das teure Rahmenprogramm wurde von einer Controlling-Gruppe, welche die Erfüllung der Leistungsverträge überprüft, bereits hinterfragt. «Grundsätzlich ist die Leistung des ZPK gut, doch es darf nicht über allen anderen Institutionen

stehen.» Mit den 5,5 Millionen Franken, welche das ZPK ab diesem Jahr erhalte, sei eine Grenze erreicht, die nicht nochmals überschritten werden dürfe, findet Stadtrat Ueli Stückelberger. Das ZPK habe eine Leistungsvereinbarung für die Periode 2008–2011 unterzeichnet. Der Betrieb werde unglaublich, wenn er immer mehr Geld fordere. Zudem bemängelte die Fraktion, dass der zusätzliche «Zustupf» aus einem Förder-Kredit genommen worden wäre, der eigentlich für kleinere Kulturinstitutionen gedacht ist. Ginge ein Teil dieses Geldes ans ZPK, würde es den kleinen Institutionen fehlen. Die GFL steht zur Berner Kultur und hinter dem ZPK. Es müssen aber für alle Institutionen die gleichen Regeln gelten – und die Vielfalt in der Kultur muss, trotz ZPK, gewahrt bleiben. Dieses Zeichen hat die GFL mit der Rückweisung für eine vielfältige Kulturstadt Bern gesetzt.

Manuel C. Widmer, Präsident GFL Stadt Bern



Zäme läbe – zäme stimme

Endspurt geglückt

Am 11. August hat das Initiativkomitee der Staatskanzlei 15'250 Unterschriften für die kantonale Initiative «Zäme läbe – zäme stimme» übergeben. Einen nicht unwesentlichen Teil der Unterschriften haben die Grünen gesammelt. Mit der Initiative soll das fakultative Gemeinde-Ausländerstimmrecht ermöglicht werden.

Die Unterschriftensammlung für die Initiative ist nur zögerlich angelaufen und die beteiligten Organisationen mussten einen veritablen Endspurt hinlegen. Stark engagiert bei der Sammlung haben sich Mitglieder der Grünen vor allem in den Städten Bern und Biel. Vielen Dank! In beiden Städten sowie in Moutier wartet man schon lange

darauf, den ausländischen MitbewohnerInnen das Stimm- und Wahlrecht einzuräumen. Bis anhin sieht die kantonale Verfassung in dieser Frage aber keine Gemeindeautonomie vor. Mit der Initiative soll dies nun geändert werden.

Mehr Integration und Gemeindeautonomie

AusländerInnen müssen vom ersten Tag ihres Aufenthalts in der Schweiz Steuern bezahlen, dürfen aber bei deren Verwendung nicht mitbestimmen. Die Initiative will diesem misslichen Zustand entgegenwirken. Wer mehr als zehn Jahre in der Schweiz wohnt und arbeitet, soll – sofern die Wohngemeinde dies zulässt – endlich die Möglichkeit erhalten, sich aktiv an politischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Mit dem fakultativen Stimm- und Wahlrecht für AusländerInnen wird einerseits ein Beitrag zur Integration der ausländischen Wohnbevölkerung geleistet. Andererseits wird damit auch der Gemeindeautonomie besser Rechnung getragen.

Bis die Stimmbevölkerung an der Urne über die Initiative befinden kann, steht uns noch viel Überzeugungsarbeit bevor. In der Abstimmungskampagne werden wir aufzeigen, dass die Initiative mehr Demokratie bringt und damit einen Beitrag zu mehr Rechtsstaatlichkeit leistet.

Monika Hächler, Co-Geschäftsleiterin



Aktiv

Arbeitsgruppen – aktive Parteilarbeit

Engagierte, gut besuchte und innovative Arbeitsgruppen sind eines von mehreren Gravitationszentren einer Partei. Hier entstehen Ideen, werden fachspezifische Grundlagen erarbeitet, parlamentarische Vorstösse vorbereitet oder Veranstaltungen organisiert. Hier können sich Mitglieder und SympathisantInnen aktiv einbringen.

Die Grünen Kanton Bern haben seit ihrer Gründung 2006 zwei aktive Arbeitsgruppen: Die AG Energie und die AG Bildung. Jüngst hat sich die AG Wirtschaft formiert. Ziel ist es zudem, auch für die Bereiche Landwirtschaft und Gesundheitsfragen Arbeitsgruppen zu gründen. Interessierte melden sich bitte auf der Geschäftsstelle: 031 311 87 01 sekretariat@gruenebern.ch

Gesucht: Interessierte für die AG-Wirtschaft

Entstanden ist die AG Wirtschaft aus dem Bedürfnis, die Partei auch in wirtschaftspolitischen Fragen zu profilieren. Auf diesem

Gebiet werden die Grünen oft nicht wahr- oder ernst genommen. Dabei ist die Frage, wie eine nachhaltige Wirtschaft aussehen soll, ein zentrales Anliegen grüner Politik. Eine nachhaltige Wirtschaft ist lebendig, schafft gleichzeitig sozialen Ausgleich und setzt die Ressourcen der Umwelt schonend ein. Die zentrale Frage dabei ist, ob die verschiedenen Interessen unter einen Hut gebracht werden können oder ob sie sich gegenseitig ausschliessen.

Die Mitglieder der AG Wirtschaft lesen zunächst Texte zu diesem Spannungsfeld. Anschliessend will sie für die Partei ein Wirtschaftspapier und Stellungnahmen zu wirtschaftspolitischen Geschäften erarbeiten sowie eine erste Veranstaltung organisieren.

Interessierte Laien und Fachleute sind herzlich eingeladen. Kontaktpersonen:

Lisa Bürgi, 079 627 08 42,

lisa.burgi@swissonline.ch

Thomas Bauer, 077 421 60 04,

tomba@students.unibe.ch

Sitzungsdaten: 2.10., 3.11., 4.12. 20.30 Uhr auf der Geschäftsstelle der Grünen Schweiz, Waisenhausplatz 21, Bern.

Termine

- 8.-14.09.2008: Woche der MigrantInnen mit Schlussdemo «Bleiberecht für alle» am 13. September. Besammlung: 13.30h Schützenmatte Bern.
- 11.09.2008: «Vignettenpflicht für AKWs». Velodemo auf dem Bundesplatz organisiert von «Nie Wieder Atomkraftwerke». Anschliessend Konzert mit Aernscht Born und Pacomé. Mehr Infos unter: www.vignettenpflicht.ch
- 17.09.2008: «Wie viel ist der Stadt Bern die Kinderbetreuung wert?» Öffentliche Veranstaltung des GB Stadt Bern und vpod bern. 19.30 Uhr, Le Cap, Predigergasse 3, Bern. www.gbbern.ch/
- Die Zeitschrift Widerspruch widmet ihre soeben erschienene 54. Ausgabe dem Thema Energie und Klima. Infos und Bestellungen unter www.widerspruch.ch



Impressum

Redaktion: Sabine Zaugg, Monika Hächler

Grafik: www.muellerluetolf.ch, www.transform.ch

Layout: TransForm

Druck: Schläfli & Maurer AG, Interlaken

Auflage: 6000

Redaktionsschluss Nr. 9: 10. Oktober 2008

VBR: Nein zur Abschaffung am 30. November 2008

Bewährtes Mittel zum Ausgleich

Das Verbandsbeschwerderecht (VBR) besteht seit 1966. Damit können ausgewählte Organisationen Behördenentscheide auf die Vereinbarkeit mit der Natur- und Umweltschutzgesetzgebung überprüfen lassen. Die Initiative der Zürcher FDP will dieses Recht über weite Strecken abschaffen.

Das VBR bewährt sich in der Schweiz seit Jahren. Die Umweltorganisationen sind sich ihrer Verantwortung bewusst und intervenieren nur, wenn Behörden allzu sorglos Bauprojekte bewilligen. Die Erfolgsquote vor Bundesgericht ist mit über 60%



denn auch viel höher als von privaten Einsprachen mit unter 20%. 99 von 100 Beschwerden gegen Baugesuche werden von Privaten eingereicht. Nur ca. 3% der Einsprachen der Verbände gelangen vor Bundesgericht, da mehr als die Hälfte schon auf Stufe Gemeinde erledigt werden.

Das VBR kann geltend gemacht werden, wenn Bundesaufgaben betroffen sind: Walderhaltung, Gewässerschutz, Konzessionen, Erteilung von Ausnahmebewilligungen für Bauten ausserhalb der Bauzone oder wenn eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt werden muss.

Die FDP-Initiative will das VBR ausschliessen, wenn Projekte in Volksabstimmungen oder von Parlamenten gutgeheissen wurden. Sie zielt auf die Umweltorganisationen, trifft jedoch die Menschen, schadet insbesondere der Umwelt und der Landschaft. Das Beschwerderecht hat sich als Mittel des Ausgleichs bewährt. Die Verabsolutierung von Volksentscheiden ist für einen Rechtsstaat bedenklich. Gesetze wurden in demokratischen Prozessen geschaffen, sie sind von allen einzuhalten. Die Grünen lehnen die Initiative einstimmig ab.

Das VBR hat v.a. präventive Wirkung: So werden Projekte von Anfang an möglichst umweltverträglich und gesetzeskonform geplant. Der Kanton Bern besitzt ein sehr weit gehendes Beschwerderecht, das sich laut Regierungsrat bewährt hat und nicht beschnitten werden sollte. In der laufenden Teilrevision des Baugesetzes scheint das VBR denn auch nicht umstritten zu sein.

Rita Haudenschild, Grossrätin

Entwicklungshilfe statt neue Kampfflugzeuge



Im Jahre 2007 wurden weltweit über 1400 Milliarden Dollar für Militär, Rüstung und Krieg ausgegeben. Das ist mehr als zu den Hochzeiten des Kalten Krieges.

Zurückzuführen ist die neue Aufrüstungswelle auf den globalen Neomilitarismus. Dessen Ziel ist offensichtlich: Der Zugang zu den knapper werdenden Rohstoffen soll nötigenfalls mit militärischer Gewalt sichergestellt werden. Um die Armut auf unserem Planeten zu halbieren, braucht es laut Weltbank etwa 60 Milliarden Dollar, also bloss 5 Prozent von dem, was jedes Jahr für Militär und Krieg ausgegeben wird. Dieses Ungleichgewicht ist absurd! Nun droht auch in der Schweiz diese fatale Entwicklung: Während der Nationalrat in der Sommersession selbst einer moderaten Erhöhung der Entwicklungshilfegelder eine Abfuhr erteilt hat, sollen Milliarden für neue Kampfflugzeuge fliessen. Sagen wir Nein zu diesem unsinnigen Beschaffungsprojekt! Helft mit und unterschreibt die Initiative «Gegen neue Kampfflugzeuge».

Reto Moosmann, Sekretär GSoA

GRÜNE bewegt

AZB, 3000 Bern 1

Grüne Kanton Bern
Mombijoustrasse 61
Postfach 1066
3000 Bern 23
Adressänderungen
bitte nicht melden

Sendet mir Infomaterial

Ich möchte Mitglied werden

E-mail

Unterschrift

Jetzt Mitglied werden oder Mitglieder werben!

Fortschreitende Klimaerwärmung, neu entflammte AKW-Diskussion oder der Versuch der FDP, das Verbandsbeschwerderecht abzuschaffen, machen deutlich: Grüne Themen sind aktueller denn je. Viele Menschen sympathisieren mit unseren Anliegen und wählen darum Grün.

Formen des Engagements gibt es viele: Dank Mitarbeit von Mitgliedern in Arbeitsgruppen können wir unsere Politik inhaltlich weiterentwickeln. Mit der Unterstützung von Mitgliedern gelangen uns medienwirksame Aktionen. Mitglieder, die auch in anderen Organisationen aktiv sind, garantieren eine gute Vernetzung. Und last but not least ermöglichen erst Mitgliederbeiträge und Spenden die Führung eines professionellen Sekretariats sowie erfolgreiche Abstimmungs- und Wahlkampagnen.

■ Unser Ziel: Mitglied Nr. 1000

Heute zählen die Grünen Kanton Bern 953 Mitglieder. Ziel ist, bald das 1000. Mitglied feiern zu können. Gibt es in deinem Bekanntenkreis Personen, die grün denken? Sprich sie an für eine Mitgliedschaft. Eins ist sicher: Es winkt ein attraktives Willkommensgeschenk. Falls die Anmeldung über dich oder deine Ortspartei erfolgt, gibt es auch dort eine Überraschung.

Mitglieder oder SympathisantInnen können sich über das Kontaktformular auf unserer Website www.gruenebern.ch oder mit dem nebenstehenden Talon anmelden.